

Crashs und Clinch – trotz Corona

Versicherung kfz

© Pixabay

Repräsentative Umfrage zeigt, wie sich die Unfallstatistik und daraus resultierende Rechtsstreitigkeiten im Zeitvergleich entwickelt haben

Leere Straßen, staufreie Autobahnen: Selten kam man auf Deutschlands Straßen so gut voran wie in Pandemie-Zeiten, als sich ein Großteil der Arbeitnehmer:innen im Homeoffice befand. Doch wie wirkte sich dieser Umstand auf die Unfallstatistiken aus? Und gab es in jüngerer Vergangenheit weniger Rechtsstreitigkeiten infolge von Verkehrsunfällen? Eine aktuelle YouGov-Umfrage im Auftrag von ROLAND Rechtsschutz, die zuvor bereits 2016, 2018 und 2020 durchgeführt wurde und jeweils die zurückliegenden fünf Jahre betrachtet, zeigt: Jede:r fünfte Deutsche (21 Prozent) war in den letzten fünf Jahren mindestens einmal in einen Verkehrsunfall verwickelt. Das Risiko, als Fußgänger:in, Radfahrer:in oder Autofahrer:in in einen Unfall zu geraten, ist damit leicht zurückgegangen, aber immer noch hoch (2020: 22 Prozent, 2018: 23 Prozent, 2016: 26 Prozent).

Männer trifft es dabei bedeutend häufiger als Frauen. Von den rund 2.000 Befragten gaben 27 Prozent der Männer an, in der jüngeren Vergangenheit mindestens einen Unfall gehabt zu haben (2020: 24 Prozent, 2018: 27 Prozent, 2016: 28 Prozent). Von den Frauen waren nur 14 Prozent in den letzten fünf Jahren in einen Verkehrsunfall verwickelt (2020: 19 Prozent, 2018: 20 Prozent, 2016: 24 Prozent).

Was die Unfallhäufigkeit im Altersvergleich betrifft, so zeigt sich, dass der Unterschied zwischen jüngeren und älteren Verkehrsteilnehmer:innen deutlich zugenommen hat: Bei den unter 35-Jährigen gab mehr als ein Drittel (35 Prozent) an, in den letzten fünf Jahren mindestens einen Unfall im Straßenverkehr gehabt zu haben. Vor zwei Jahren waren es noch 27 Prozent. Bei den über 35-Jährigen gab es hingegen einen Rückgang der Unfallbeteiligung: Nur 16 Prozent gaben an, mindestens einmal in einen Verkehrsunfall verwickelt gewesen zu sein. Hier zeigt sich über die Jahre ein stetiger Rückgang (2020: 20 Prozent, 2018: 21 Prozent, 2016: 24 Prozent).

Männer fahren den Frauen davon

Stress im Straßenverkehr resultiert jedoch nicht unbedingt nur aus Unfällen. Vielmehr sind es kleine Verkehrssünden, die deutschen Verkehrsteilnehmer:innen Ärger einbringen: Knapp jede:r zweite Deutsche (2022 und 2020: 45 Prozent, 2018: 48 Prozent) musste in den vergangenen fünf Jahren wegen eines Verkehrsdelikts ein Bußgeld zahlen. Die mit Abstand häufigsten Gründe dafür sind eine Geschwindigkeitsüberschreitung (30 Prozent) und Falschparken (15 Prozent). Während der Unterschied zwischen Männern und Frauen in Sachen Tempoknöllchen vor zwei Jahren nur minimal war (34 Prozent zu 29 Prozent), so zeigt sich in der aktuellen Studie, dass Männer mit 35 Prozent bedeutend mehr teure Fotos erhielten als Frauen (25 Prozent). Beim Falschparken sind hingegen kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erkennen: 15 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen (2020: 18 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen) erhielten Strafzettel, weil sie ihr Auto unerlaubterweise abstellten.

Baden-Württemberg führt Blitzer-Ranking an

Was die Verkehrssünden betrifft, zeigen sich außerdem regionale Unterschiede. Unter den sieben einwohnerstärksten Bundesländern haben es der Umfrage zufolge erneut die Autofahrer:innen in Baden-Württemberg besonders eilig – zum dritten Mal in Folge belegten sie den Spitzenplatz unter den Rasern. 38 Prozent (2020: 35 Prozent) ließen sich bei einer Spritztour unfreiwillig ablichten und bekamen anschließend unerwünschte Post nach Hause. Darauf folgen Rheinland-

Pfalz mit 33 Prozent sowie Hessen (2020: 33 Prozent) und NRW mit 32 Prozent (2020: 32 Prozent).

Rechtsstreitigkeiten drehen sich meist um die Schuldfrage

Dass ein Verkehrsunfall nicht nur ärgerlich und unter Umständen teuer ist, sondern auch vor Gericht enden kann, mussten 18 Prozent der Befragten bereits am eigenen Leib erfahren (2020: 18 Prozent, 2018: 13 Prozent). Männer landeten dabei bedeutend häufiger vor dem Kadi als Frauen (23 zu 13 Prozent). Vor zwei Jahren war der Unterschied nicht derart ausgeprägt (21 zu 15 Prozent).

Betrachtet man die politische Orientierung, so zeigt sich, dass 28 Prozent der AfD-Wähler:innen schon einmal einen Rechtsstreit wegen eines Verkehrsunfalls geführt haben. Die friedlichsten Verkehrsteilnehmer:innen sind der Umfrage zufolge die Grünen-Wähler:innen (11 Prozent).

Bei knapp der Hälfte aller Streitigkeiten (47 Prozent) ging es im aktuellsten Fall um die Schuldfrage (2020: 50 Prozent, 2018: 45 Prozent, 2016: 52 Prozent). In 32 Prozent der Fälle ging es um die Höhe des Schadens (2020: 27 Prozent, 2018: 28 Prozent, 2016: 27 Prozent). Unverändert auf Platz drei liegt der Streit ums Schmerzensgeld – allerdings wurde dieser Konflikt mit 24 Prozent bedeutend häufiger genannt als in den Vorjahren (2020: 18 Prozent, 2018: 16 Prozent).

69 Prozent der Befragten gaben an, dass der Rechtsstreit zu ihren Gunsten entschieden wurde, das sind etwas weniger als noch vor zwei Jahren (2020: 74 Prozent). Dabei ist auffällig: Ältere Personen gewinnen ihre Rechtsstreitigkeiten häufiger als junge Personen. Von den unter 45-Jährigen hatten nur 55 Prozent (2020: 61 Prozent) vor Gericht Erfolg, bei den Personen über 45 Jahre waren es hingegen 76 Prozent (2020: 78 Prozent).

Das Einkommen hat – im Gegensatz zur Studie von 2020 – keinen großen Einfluss auf die Erfolgsaussichten vor Gericht. Von den Befragten mit einem Nettoeinkommen von unter 2.000 Euro gewannen nur 67 Prozent (2020: 70 Prozent) ihren Rechtsstreit. Bei den Einkommensgruppen ab 2.000 Euro Nettoeinkommen liegt die Erfolgsquote knapp darüber, bei 70 Prozent (2020: 70 zu 78 Prozent).